

WELT+

MEINUNG

UNIVERSITÄTEN

## Wenn hunderttausende Studenten das Sabotieren anderer Meinungen okay finden

Veröffentlicht am 19.10.2023 | Lesedauer: 6 Minuten



Von **Axel Bojanowski**  
Chefreporter Wissenschaft



Quelle: picture alliance / PantherMedia

Seit Jahren gibt es Hinweise auf ein Klima der Angst an deutschen Unis: Wer bei Themen wie Migration oder Gender Widerspruch auslöst, wird rasch gemobbt. Nun gab es eine Umfrage unter Studenten, ob man missliebige Vorträge notfalls niederbrüllen darf. Das Ergebnis ist verheerend.

Nachdem Aktivisten den „Tagesschau“-Moderator Constantin Schreiber bei seiner Lesung an der Universität Jena Ende August mit einer Torte beworfen hatten, kündigte Schreiber an ([/politik/deutschland/article247449126/Nach-Angriff-Tagesschau-Mann-Schreiber-will-sich-nicht-mehr-zum-Islam-aeussern.html](https://politik/deutschland/article247449126/Nach-Angriff-Tagesschau-Mann-Schreiber-will-sich-nicht-mehr-zum-Islam-aeussern.html)), sich öffentlich nicht mehr mit dem Thema Islam zu beschäftigen. Ein Sieg der Aktivisten, auch weil Jenas Uni-Leitung Unterstützung vermissen ließ.



### Ihr Assistent mit KI

Journalismus neu erleben und produktiver werden – lernen Sie unsere Themenwelten kennen

**WELTGO! ENTDECKEN**

Der Althistoriker Egon Flaig erhielt eine Woche vor seinem geplanten Vortrag an der Uni Erlangen im Juli die Ausladung der Hochschule zugestellt, weil Aktivisten gegen seinen Auftritt protestiert hatten. Und auch Proteste an der Universität Würzburg gegen einen für den 6. Juli angekündigten Vortrag des Psychoanalytikers Bernd Ahrbeck hatten Erfolg.

Allen drei Fällen gemeinsam ist, dass die Opfer Thesen vortragen wollten, die nicht rechtswidrig waren, ja noch nicht einmal Außenseitermeinungen darstellten. Die Sichtweisen widerstrebten schlicht ein paar Studenten, die Druck ausübten, was genügte, um deutsche Hochschulen einknicken zu lassen.

Seit Jahren häufen sich Berichte von „Cancel Culture“ an Universitäten, also von Annullierungskultur. Der Deutsche Hochschulverband DHV, eine Interessenvertretung von mehr als 30.000 Wissenschaftlern, hatte bereits 2020 vor „Einschränkungen der Meinungsfreiheit an Universitäten“ gewarnt. Die Toleranz gegenüber anderen Meinungen werde kleiner. Aufsehererregende Fälle hatten das Problem der Cancel Culture zuvor medial bekannt gemacht (</wissenschaft/plus220235906/Cancel-Culture-Das-Ende-der-Hochschule-als-Ort-der-Freiheit.html>).

Selbst wenn Vorwürfe gegen sie haltlos sind, müssen angegriffene Wissenschaftler um ihr Ansehen kämpfen. „Wer sich verteidigen muss, hat eigentlich schon verloren“, sagt ein bekannter Historiker. Anfeindungen bleiben in Erinnerung, selbst wenn sie abstrus waren. Stigmatisierungen als „umstrittene Migrationsforscherin“, „rechter Professor“ oder „Klimaleugner“ lassen sich kaum abschütteln.

Nonkonformisten stehen unter Druck: An deutschen Hochschulen verbreite sich eine „Entwicklung, niemandem eine Ansicht zuzumuten, die als unangemessen empfunden werden könnte“, hieß es bereits in der „Resolution zur Verteidigung der freien Debattenkultur an Universitäten“, die der DHV 2019 verabschiedet hatte. Der Konformitätsdruck sei gestiegen – wer sich nicht beuge, werde ausgegrenzt.

In der Diskussion über das Problem gibt es zwei Lager: Die einen sprechen von „Einzelfällen“ und davon, dass sich legitimer Widerspruch Bahn breche, der früher unterdrückt worden wäre. Die anderen sehen die „Einzelfälle“ als Menetekel für eine Kultur des ängstlichen Rückzugs.

## **„Feindliches Klima“**

Die „Einzelfälle“ übten einen „Chilling effect“ aus, sie wirkten abschreckend auf andere, klagen Wissenschaftler: Studien würden nicht geschrieben, Projekte nicht beantragt, Stellen nicht besetzt, Vorträge nicht gehalten, Gespräche nicht geführt. Warum etwas **nicht** geschehen ist, lässt sich allerdings selten beweisen – das erschwert es den Betroffenen, Gehör zu finden. Forscher berichten von „feindlichem Klima“, „politischem Druck“, von „Einschüchterung“.

Hat sich das Klima an deutschen Hochschulen seit der DHV-Resolution von 2019 verbessert? Die „AG Hochschulforschung“ an der Universität Konstanz hat soeben eine Befragung von rund 2000 Studenten aus dem Mai 2023 vorgelegt (<https://www.sociologie.uni-konstanz.de/ag-hochschulforschung/aktuell/>), in der es auch um die Einstellung zur „Cancel Culture“ geht.

Ein repräsentatives Ergebnis könne mit der Stichprobe zwar nicht sichergestellt werden, schreiben die Autoren. Ihre Berechnungen lieferten aber „eine Annäherung an die in der Bevölkerung vorhandene Verteilung“. Der „Wiarda-Blog“ hatte zuerst über die Studie [berichtet](https://www.jmwiarda.de/https-www.jmwiarda.de-2023-09-27-grosse-mehrheit-der-studierenden-in-deutschland-lehnt-aktivismus-in-der-wissenschaft-ab-und-distanziert-sich-von-der-letzten-generation/) (<https://www.jmwiarda.de/https-www.jmwiarda.de-2023-09-27-grosse-mehrheit-der-studierenden-in-deutschland-lehnt-aktivismus-in-der-wissenschaft-ab-und-distanziert-sich-von-der-letzten-generation/>).

Das Ergebnis lässt sich auf zweierlei Weise deuten. Einerseits spricht sich zwar in den meisten abgefragten Fällen eine Mehrheit der Studenten dagegen aus, Mittel zu ergreifen, um Vorträge zu verhindern. Andererseits sind die absoluten Zahlen der Befürworter von Störaktionen, die aus den Daten folgen, durchaus erschreckend.

Auf die Frage, ob man Werbung entfernen dürfe, um gegen einen Redner an der Hochschule zu protestieren, welcher der Ansicht ist, dass „Migration nach Deutschland zu vielen Problemen im Sozialsystem führt und es daher nötig erscheint, sie zu begrenzen“, antworteten 38 Prozent mit „eher nicht akzeptabel“ oder mit „nicht akzeptabel“, 27 Prozent mit „teils teils“, 35 Prozent mit „absolut akzeptabel“ oder „eher akzeptabel“. Hochgerechnet auf die knapp drei Millionen Studenten in Deutschland wären demnach also rund 1,1 Millionen von ihnen bereit, Werbung wegzunehmen, weitere rund 800.000 wären dazu zumindest eventuell willens.

Ähnliche Zahlen ergab die gleiche Frage für einen Redner an der Hochschule mit der Ansicht, „dass das biologische Geschlecht nur die Ausprägungen männlich und weiblich kennt“, und gegen einen Redner an der Hochschule, der meint, dass „Einkommensunterschiede in der Gesellschaft wichtig sind, um Menschen zu Anstrengung und harter Arbeit zu motivieren“. Ein schlechtes Zeichen für die Wissenschaftsfreiheit, denn alle drei Thesen sind vollkommen legitim.

Weitaus weniger Akzeptanz zeigten die Studenten für rabiatare Methoden der Sabotage, allerdings

ergeben sich auch dabei immer noch erstaunlich hohe absolute Zahlen: Blockieren oder Niederschreien eines Vortragenden zu jenem Thema „Migration als Problem“ fanden elf beziehungsweise zwölf Prozent akzeptabel – hochgerechnet auf die Gesamtstudentenzahl in Deutschland mithin rund 300.000 Studenten. Mit „teils teils“, also mit vielleicht, antworteten jeweils zusätzliche 18 und 19 Prozent.

Wiederum ähnliche Quoten ergaben sich für das Blockieren und das Niederschreien bei den beiden anderen Themen: „Biologisches Geschlecht nur binär“ und „Einkommensunterschiede sind wichtig für die Gesellschaft“. Rund ein Viertel der Studenten wäre zum Blockieren oder Niederschreien der Thesen also zumindest unter Umständen bereit.

Immerhin: Die Anwendung physischer Gewalt lehnen 75 bis 80 Prozent der Befragten bei den drei Thesen ab. Aber vier bis fünf Prozent hielten sie für akzeptabel. Zusammen mit jenen, die sich mit „teils teils“ nicht eindeutig positionierten, ergibt sich hochgerechnet, dass knapp 300.000 Studenten an deutschen Hochschulen physische Gewalt tolerieren könnten, um akademische Vorträge über legitime Thesen an ihrer Uni zu verhindern.

Die neue Umfrage scheint die Stimmung an deutschen Hochschulen zu erklären: Es gibt offenbar eine substanzielle Minderheit mit Bereitschaft zur Sabotage unliebsamer Vorträge. Wegen kaum vorhandener Gegenwehr der Hochschulleitungen kann sie ihre Vorhaben oftmals durchziehen.

Eigentlich garantiert in Deutschland Artikel 5 des Grundgesetzes Forschungsfreiheit: „Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei.“ Zur „Stärkung der Forschungsfreiheit“ hatte die Europäische Union 2020 unter der Leitung der deutschen EU-Ratspräsidentschaft die „Bonner Erklärung“ ([https://www.bmbf.de/bmbf/shareddocs/downloads/files/drp-efr-bonner-erklaerung\\_de.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=1](https://www.bmbf.de/bmbf/shareddocs/downloads/files/drp-efr-bonner-erklaerung_de.pdf?__blob=publicationFile&v=1)) auf den Weg gebracht. „Forschende haben das Recht, ihre Meinung frei zu äußern, ohne dabei durch das Umfeld, in dem sie tätig sind, benachteiligt zu werden“, hieß es darin. „Wir verurteilen alle Versuche, Forschungsfreiheit einzuschränken“, erklärte das deutsche Forschungsministerium bei der Verabschiedung des Aufrufs.

Was nicht zur Sprache kam: Die Freiheit an Hochschulen wird längst infrage gestellt, auch in Deutschland. Allerdings nicht von außen, sondern von innen, aus den Universitäten selbst heraus. Es hapert nicht selten schon an der wichtigsten Voraussetzung für Wissenschaft: der Möglichkeit zur freien Debatte.

Universitäten sollten unbequemen Meinungen ein Forum bieten, forderte der Deutsche Hochschulverband DHV bereits vor vier Jahren. Dass sich Ausladungen von Personen häuften, die vermeintlich unerträgliche Meinungen verträten, sei nicht akzeptabel, konstatierte die Resolution

des DHV von 2019. „Wer die Welt der Universitäten betritt, muss akzeptieren, mit Vorstellungen konfrontiert zu werden, die den eigenen zuwiderlaufen.“

Differenzen müssten „im argumentativen Streit ausgetragen werden, nicht mit Boykott, Bashing, Mobbing oder gar Gewalt“. Zahlreiche Studenten sehen das offenbar anders.

---

Teilen Sie die Meinung des Autors?

**JA**  3541

**NEIN**  135

---

Die WELT als ePaper: Die vollständige Ausgabe steht Ihnen bereits am Vorabend zur Verfügung – so sind Sie immer hochaktuell informiert. Weitere Informationen: <http://epaper.welt.de>

Der Kurz-Link dieses Artikels lautet: <https://www.welt.de/247774526>